

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

**Bezugs-Gebühr** vom 1. bis 15. Mai 1928 bei täglich zweimaliger Auslieferung drei Mark. Postbezugspreis für Monat Mai 3.40 Mark ohne Postgebühren.

**Anzeigen-Preise:** Die Anzeigen werden nach Quadratmeter berechnet: die einseitige 30 mm breite Seite 25 Wfg. für auswärts 40 Wfg. Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Wfg. außerhalb 25 Wfg., die 30 mm breite Zeile 200 Wfg., außerhalb 250 Wfg. Cifertengebühr 30 Wfg. Zusätzliche Auflagen gegen Bezahlung.

Traktantenliste: Nachschauen Dresden  
 Sammelnummer: 25 241  
 Nur für Nachschauen: 20 011

Schriftleitung und Geschäftsverwalter:  
 Marienstraße 38/42  
 Druck im Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden  
 Leipziger-Rente 1068 Dresden

Raddruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig — Unberichtigte Schriftzüge werden nicht aufbewahrt.

## Japan begründet sein Eingreifen in China.

### Die beschuldigten Firmen zur russischen Anklageschrift gegen die deutschen Ingenieure.

#### Nur Schutz von Leben und Eigentum der Japaner.

Tokio, 9. Mai. Nach einer der Presse vom Ministerium des Aeußern zugegangenen Mitteilung verfolgt die Entsendung von Truppen nach China den unzweideutigen Zweck, Leben und Eigentum der Japaner zu schützen. Die Japaner beabsichtigen nicht, so heißt es weiter, Gebiet zu besetzen. Die Truppen werden die Eisenbahn schützen, die Chinesen sie aber auch weiterhin kontrollieren. Sobald die Gefahr vorüber ist, werden die Truppen wieder zurückgezogen werden. Es ist nicht wahr, daß die japanischen Truppen in Tsinanfu einrückten, um den Vormarsch der Südmanchen nach Norden aufzuhalten. Die Verhandlungen zur Regelung der Streitigkeiten zwischen China und Japan werden später stattfinden, wahrscheinlich in Hankow.

Ministerpräsident Tanaka begründete am Dienstag gegenüber den Botschaftern Amerikas, Englands, Frankreichs und Italiens die Notwendigkeit des japanischen Eingreifens in Schantung. Gleichzeitig hat auch der japanische Botschafter in Washington Staatssekretär Kellogg die Versicherung abgegeben, daß die japanischen Truppenverpflichtungen für Schantung nur den Schutz des Lebens und Eigentums der Japaner und übrigen Ausländer bezweckten und ihnen keine andere Bedeutung beizumessen sei.

Die rechtfertigende Erklärung des japanischen Außenministeriums klingt an und für sich natürlich sehr friedlich und entspricht somit vollkommen der modernen Friedenspropaganda. Alle militärischen Maßnahmen sind ja heutzutage nur Auswirkungen des schlichten Wunsches nach Frieden, auch z. B. die militärische Besetzung des Rheinlandes, wo aber, im Gegensatz zu den chinesischen Verhältnissen, kein einziger Franzose, Engländer oder Belgier durch die Wirren eines Bürgerkrieges bedroht ist. Immerhin muß man sich fragen, ob nicht die Ozeanmacht, die Japan so plötzlich — die in China lebenden Japaner sind doch schon seit 1925 „bedroht“ — nach Schantung zieht, für den bloßen Schutz ein wenig groß ist. Tatsächlich sind die japanischen Wünsche, Schantung in ihre Machtphäre zu ziehen, schon alt, und wer weiß, ob nicht nach Eintritt der Ruhe Japan erklärt, daß der Schutz von japanischen Leben und Eigentum auch weiterhin die Besetzung der Provinz notwendig macht. Wenn Japan sagt, daß seine Maßnahmen keineswegs dem Zwecke dienen sollen, den Vormarsch der Südmann nach Peking aufzuhalten, so kann darauf verwiesen werden, daß tatsächlich Verbindungen zwischen Tschangtschun und Tokio bestehen.

#### Neue Kämpfe in Tsinanfu.

Paris, 9. Mai. Schanghaier Meldungen besagen, daß chinesische Söldnertruppen in Tsinanfu über das japanische Ultimatum erbiten, trotz der gegenständlichen Befehle Tschangtschuns die Japaner erneut angegriffen haben. Die Chinesen, auf die die Japaner schweres Geschützfeuer richteten,

wurden jedoch zurückgeschlagen. Sie erlitten schwere Verluste, zumal noch ein Pulverlager innerhalb ihrer Stellungen durch Granateinschlag in die Luft ging.

Zu den neuen Kämpfen in Tsinanfu wird ergänzend gemeldet, daß die japanischen Militärbehörden die ausländischen Konsula davon verständigten, daß militärische Operationen in jedem Augenblick beginnen können. Den Konsulaten wurde ein Sonderzug für die Beförderung aller in Tsinanfu befindlichen Ausländer nach Tsinanfu zur Verfügung gestellt. Dieser Zug verließ mit 70 Ausländern Tsinanfu, noch vor Beginn der Feindseligkeiten am Dienstagvormittag.

Die Zeitung „Osaka Mainichi“ veröffentlichte eine Unterredung ihres Berichterstatters mit General Tschingaischisch, während der Kampf zwischen Chinesen und Japanern bereits im Gange war. Danach hat Tschingaischisch an den japanischen Generalkonsul in Tsinanfu einen Brief gerichtet, in dem ein Rückzug um 30 chinesische Meilen, die Hinrichtung der an den Zwischenfällen in Tsinanfu verantwortlichen Personen gefordert und dafür die Annahme der japanischen Bedingungen angeboten wurde. Gleichzeitig versicherte Tschingaischisch, daß er Anweisung gegeben habe, jeden Soldaten zu erschießen, der Japaner belästigen sollte.

Der japanische Generalkonsul in Schanghai forderte alle im Kantun wohnenden Japaner auf, im Hinblick auf die Möglichkeit anti-japanischer Unruhen die Stadt zu verlassen und sich nach Schanghai zu begeben, dem gegenüber japanische Kanonenboote liegen.

#### 26 000 Japaner in Schantung.

Tokio, 9. Mai. Der Kaiser stimmte der bereits angekündigten Entsendung einer dritten Division, der Division Nagoya, nach Tsinanfu zu, wodurch die Zahl der japanischen Streitkräfte in Schantung auf rund 26 000 erhöht wird. Fünf Kompanien Infanterie erhielten Befehl, sich unverzüglich nach Tientsin zu begeben. Sieben Torpedobootzerstörer gingen gestern abend nach Kantun, Amon und Tschinkau ab. Man rechnet damit, daß demnächst vier weitere Torpedobootzerstörer nach Südmanchen fahren werden.

In Tsinanfu werden in den nächsten Tagen noch 18 000 Mann japanischer Reservetruppen erwartet. Das Marineministerium beschloß, die Kreuzer „Abukuma“ und „Yinpu“ nach Schanghai zu entsenden.

#### Die Möglichkeit der Vermittlung Amerikas

Nur wenn beide Gegner dazu anfordern!  
 Newyork, 9. Mai. In Kreisen des Staatsdepartements wird zu den Meldungen aus Schanghai, wonach Südmanchen die Vermittlung Amerikas im Konflikt mit Japan in Anspruch zu nehmen gedenke, erklärt, daß Amerika sich mäßigend hierzu bereit finden werde, jedoch nur unter der Bedingung, daß es hierzu von beiden Seiten aufgefordert werde. Das Staatsdepartement, das sehr zurückhaltend ist, unterreicht aber, daß bisher eine derartige Aufforderung noch von keiner Seite vorliegt.

#### Neue Zusammenstöße in Kolmar.

Kolmar, 9. Mai. In der heutigen Vormittagsitzung des Kolmarer Autonomistenprojekts gibt der Präsident zunächst bekannt, daß der Gerichtshof die gebräuchlichen Anträge der Verteidigung gegen die Methoden der Projektführung des Vorstehenden und des Generalstaatsanwalts, die dem Justizministerium zur Entscheidung übermitteln worden sind, unangekündigt abgelehnt hat. Daraus kommt es sofort zu einem Zusammenstoß, als Abbe Fakhauer dem Gerichtshof die Aufnahme einer Hypothek von 100 000 Schweizer Franken während der Justizaktion des französischen Staatsanwaltes anbot. Die Verteidigung, die fortgesetzt vertritt und den Gerichtshof aufklären will, wird vom Präsidenten durch unentwegtes Schwingen der Glocke zum Schweigen gebracht. Fakhauer, der deutsch spricht, läßt sich jedoch durch die Erregung des Präsidenten nicht stören und spricht weiter. Der Präsident verbittet sich erneut seinen Ton und fordert einen hinter Fakhauer stehenden Gendarmen auf, den Angeklagten zum Schweigen zu bringen. Der Gerichtshof will in der Aufnahme der Hypothek einen Zusammenhang mit dem angeblichen Komplott gegen die Staatsicherheit sehen, während Verteidigung und Abbe Fakhauer immer wieder den sachlichen Hintergrund zu klären suchen.

#### V. D. N. und Kolmarer Projekt.

Berlin, 9. Mai. Der Verein für das Deutschtum im Auslande gibt folgende Erklärung ab: Aus der Presse erfahren wir, daß im Kolmarer Projekt gegen die sogenannten effektiv-lostbringenden Autonomisten von der Staatsanwaltschaft die Beschuldigung erhoben wird, daß diese Bewegung vom Verein für das Deutschtum im Auslande unterstützt worden sei. Der V. D. N., der völlig apolitisch, nur für Unterhaltung deutscher Schulen und Kultureinrichtungen im Auslande sorgt, ist weder um eine solche Unterstützung gebeten worden, noch hat er eine solche Unterstützung gewährt. (WZB.)

#### Vom Werden des faschistischen Staates.

Rom, den 8. Mai.  
 Von dem Wiefenbau des neuen Staates, an dem Mussolini und die wenigen, die er schöpferisch mitteilen läßt, ununterbrochen schaffen, sind an einigen Stellen schon die Umrisse zu erkennen. Im November wurden im Gran Consiglio die Vorlagen für die neue Volksvertretung und für das neue Arbeitsrecht bekannt; seitdem hörte man lange nichts von ihnen. Der Duce legt Wert darauf (mehr als manchem der Seinen lieb ist), daß auch die Revolution den verfassungsmäßigen Gang geht; der König und die beiden Häuser des alten Parlaments müssen befragt werden. Niemand hat dabei ernsthaften Widerstand erwartet; nur ehe die Kammer am 16. März die Wahlreform annahm (und damit ihr eigenes Todesurteil unterschrieb), erhob sich der Senat das letzte Wort und ehrenwerten Protest. Nun hat der Senat das letzte Wort und Mussolini hat, wie üblich, die Vorlage mit einem Bericht versehen, der seine Auffassung vom Staat klarer als je zuvor umschreibt. Wir will es scheinen, als könnte auch dem deutschen Wähler in diesen Tagen nichts mehr die Hände von den Augen reißten und ihm die letzten Urkunden unserer ganzen jämmerlichen Zerlegung zeigen. Freilich ist es so ziemlich das Gegenteil von dem, was Hugo Preuß und die Väter von Weimar als Ideal ihres Staates aufgestellt haben; indem wir ihnen weiter folgen, opfern wir täglich den Willen des Reiches, der doch allein der Wille der Nation sein sollte, einem Phantom genannt „Volkswille“. Kein Wunder, wenn die Welt da täglich über diesen unseren Willen grinsend wegschreitet, während sie dem kleineren, vielen von uns noch „rückständig“ scheinenden Italien mit Achtung begegnet; es hat eben einen geschlossenen nationalen Willen.

Mussolini schreibt den Senatoren: „Manche Leute haben geglaubt, die faschistische Lehre müsse logisch zur Abschaffung der zweiten Kammer und der Wahlen überhaupt führen; das ist nicht richtig. Der Faschismus hat, wenn er auch die Degeneration des Parlaments und der Wahlmethoden bekämpft und einen starken Staat will, doch nie an eine Wiederherstellung des absolutistischen Regimes gedacht; er will nicht auf den Ruinen des demokristlichen Staates den Polizeistaat errichten. Im Gegenteil, er will zwar dem Staate volle Autorität und der Regierung weite Vollmachten geben, aber dabei sollen sie auf den Massen fußen, ihnen nahebleiben, durch eine Menge von Einrichtungen immer die Fühlung mit dem Volke behalten, nach seinen Bedürfnissen forschen, sein bürgerliches und sittliches Gewissen wachhalten, auf seine gerechte und wirtschaftliche Forderung bedacht sein. Aber wir glauben, daß das Parlament heute nicht mehr das einzige Mittel sein kann, um den Kontakt zwischen Regierung und Massen zu erhalten; die gewählte Vertretung derselben muß nach anderen Grundrissen als denen des demokratisch-liberalen Staates gebildet werden. Dieser hatte mit seiner Lehre von der Souveränität des Volkes aus der Kammer das beherrschende Organ des Staates gemacht; er überließ der Willkür der Massen die Auswahl der Vertreter. Der Faschismus lehnt das Dogma von der Souveränität des Volkes, das — wie man täglich sehen kann — nicht der Wirklichkeit entspricht; statt dessen proklamiert er die Souveränität des Staates. Das Parlament fällt damit nicht weg, es ist vielmehr eines seiner grundlegenden Organe, und die Abgeordneten sind es somit auch. Die erste Folge dieser neuen Auffassung ist, daß alle lokalen Rückfragen für die Auswahl der Abgeordneten wegfallen und daß das ganze Königreich ein Wahlkreis“ wird.

Wir erinnern uns, daß die Auswahl sowohl der Wahlberechtigten wie der Abgeordneten eine sehr strenge sein wird, wobei z. B. die Stimme des Familienvaters schwerer wiegt. — Wenn nicht alles trügt, werden die ersten Wahlen nach dem neuen Gesetz nicht lange auf sich warten lassen.

Indessen hat der eigentliche Schöpfer der Carta del Lavoro, des faschistischen Grundgesetzes der Arbeit, Giuseppe Bottai, Leiter des neuen Ministeriums der Korporationen (in dem er — welche Veranlassung! — dieser Tage den offiziellen Besuch Albert Thomass, des marxistischen Leiters des Genfer Internationalen Arbeitsamtes empfangen konnte), auch das neue Gesetz über den obligatorischen Arbeitsnachweis ausgearbeitet; wenn dem deutschen Leser auch vieles darin nichts Neues sagt, so ist doch von großer Bedeutung, daß auch auf diesem Gebiet der Staat und sein Weisheit als das Entscheidende in allen Wirtschaftskämpfen erscheinen. Arbeitsämter, paritätisch aus Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengesetzt, aber immer unter dem Vorbehalt eines Vertreters der faschistischen Partei, werden die ausschließliche Entscheidung über Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften haben. Es hat anfangs erhebliche Widerstände gegen diese Lösung bei den Arbeitern gegeben, die die Kammer allein für sich beanspruchten. Als obere Instanz über ihnen funktioniert das Ministerium der Korporationen und im Wirtschaftsrat jeder Provinz eine besondere Abteilung, die einem Delegierten dieses Ministeriums untersteht. Jede freiwerdende Arbeitsgelegenheit ist anzumelden; die Arbeitsämter sollen leberzeit einen genauen Überblick über den Arbeitsmarkt, besonders über die Arbeitslosigkeit, ihres Bezirkes haben. Sie werden von oben angehalten — und das ist vielleicht das Entscheidende — als obersten Gesichtspunkt die nationale Gesamtproduktion im Auge zu haben.

Wir stimmen noch nicht in die offiziellen Aufmunterungen ein, die die faschistische Presse anlässlich dieser Vorlagen reichlich ertönen läßt; man wird, sowohl bei der Wahlreform wie beim Arbeitsnachweis, die praktischen Ergebnisse abwarten müssen, um so mehr als die Arbeitslosigkeit, besonders im ober-

#### Die Hochwasserkatastrophe in Mittelnorwegen

Das Ueberschwemmungsunfall in Norwegen hat einen riesigen Umfang angenommen. Der Berichterstatter einer börsen Zeitung meldet, daß die Wälder und Pflanzereien im Tale des Glom auf Jahre hinaus vernichtet und aller Fruchtbarkeit beraubt seien. Die großen Bauernhöfe im oberen Storsel-Tal sind dem Erdboden gleichgemacht, und die ausgedehnten Acker stellen einer Eiswüste. Soweit das Auge reicht, ist es mit Baumstämmen und Geröll vermischte Treibeis, das die Wassermassen mit sich führte, zu förmlichen Bergen ansetzt. Die Forschungen sind so groß, daß zahlreiche Bauern ihre alten Erbhöfe für immer verlassen wollen.

An Getreideanbau ist in dieser Gegend vorläufig nicht mehr zu denken. Am Unterlauf des Glom sind außer den großen Öfen auch die Heimgärten einer großen Anzahl Kleinbauern beimacht worden. Viele hundert Bauern sind ihres gesamten Besitzums beraubt. Der fruchtbarste Landstrich als einer Polarlandwirtschaft. In geschichtlicher Zeit ist Norwegen niemals von einem Unglück ähnlichen Umfanges betroffen worden.

#### Eisnot auf Grönland.

Wie die „Berlingske Tidende“ aus Grönland meldet, hat das Land so sehr unter Eisnot zu leiden, wie es seit 1921 nicht mehr der Fall war. An der Küste erstreckt sich ein flächenweise 40 bis 50 Zentimeter breiter Eisgürtel. Alle Zunbe und Herde sind gesperrt. Die Orte Frederiks Haab und Svigtut sind vollständig vom Schiffsverkehr abgeschnitten.

#### Stark der „Italia“ am Freitag?

Kopenhagen, 9. Mai. Nach einem Telegramm aus Spitzbergen wird General Roble am Freitag den Flug nach dem Nordpol fortsetzen. (WZB.)